

XIX. GP-NR
Nr. 38 /A (E)
Präs. 22. Nov. 1994

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

betreffend Umsetzung eines Anti-Privilegien-Paktes

Um einen wirklichen Privilegienabbau zu erreichen, ist es notwendig, gesetzliche Grundlagen dafür zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, die folgende Punkte enthält:

1. Bindung der Höchstbezüge in Sozialversicherungsanstalten., Kammern und in aus der Bundesverwaltung durch eigene Bundesgesetze ausgegliederte Rechtsträger an die Bezüge im öffentlichen Dienst.
2. Volle Prüfbefugnis des Rechnungshofes für alle Kammern und Sozialversicherungsanstalten.
3. Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Politikern bei Amtsantritt und in der Folge alljährlich.
4. Offenlegung der beruflichen Betätigung von Abgeordneten (insbesondere auch, in welchem Zeitausmaß diese erfolgt).
5. Schaffung der Möglichkeit einer Karenzierung unter Entfall der Bezüge bei allen Arten von Dienstverhältnissen. Automatische Karenzierung unter Entfall der Bezüge im öffentlichen Dienst und in Kammern.
6. Anhebung des Pensionsalters von Politikern von 55 auf 60 Jahre.

7. Abschaffung der Politikerpensionen, die automatisch auch zu Doppelpensionen führen. Die Tätigkeit als Politiker soll in angemessener Höhe - genauso wie jede andere berufliche Tätigkeit - bei der Berechnung der "Erst"pension (die dann gleichzeitig die einzige Pension wäre) berücksichtigt werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuß vorgeschlagen.